

Wettbewerb löst unsere politischen Probleme



MICHAEL VON PROLLIUS * • Dezember 2018

Zusammenfassung

- Die westlichen Demokratien befinden sich in keinem guten Zustand: Die Wohlfahrtssysteme blähen sich immer weiter auf, während Steuern, Regulierungen und Schulden kontinuierlich ansteigen. Auf Stufe EU finden schädliche Zentralisierungsentwicklungen statt. Auf nationaler Ebene erhalten fragwürdige Bewegungen zunehmend Zuspruch.
- Was von der breiten Öffentlichkeit und den Medien viel zu wenig thematisiert wird, ist die Erkenntnis, dass politischer Wettbewerb das Erfolgsgeheimnis des europäischen Kontinents ist. Wettbewerb eröffnet den Bürgern Wahlmöglichkeiten. Er setzt Anreize, sich an den Bürgerwünschen zu orientieren. Von grosser Bedeutung ist dabei der zwischenstaatliche politische Wettbewerb, der es den Bürgern ermöglicht, mit den Füßen und ökonomisch mit dem Geldbeutel abzustimmen.
- Vergleichbarkeit, Begrenzung staatlicher Macht, Ausweichmöglichkeit (Exit-Mechanismus), Konkurrenz primär über friedlichen Aussenhandel, Schutz von Minderheiten, Förderung bürgerlicher Freiheiten, verbesserte Standortbedingungen, Lernen und Übernahme erfolgreicher Lösungen, Kontrolle der Bürokratie, Förderung des Wirtschaftswachstums, Schutz vor Willkür, florierende Wissenschaften, gemässigte Besteuerung, vorteilhafter Währungswettbewerb sind Aspekte, die klassische Denker und moderne Empiriker als Merkmale politischen Wettbewerbs identifiziert haben.
- Vor diesem Hintergrund wird die aktuelle politische Integration auf europäischer Ebene viel zu optimistisch beurteilt. Denn die sogenannte Harmonisierung der Lebensbedingungen ist unauflösbar mit der steigenden Macht des Staates über die Bürger verbunden. Die heutige EU, die sich immer mehr in Richtung eines politischen Kartells und Zentralstaats entwickelt, unterminiert den so wichtigen zwischenstaatlichen Wettbewerb. Freiheit und Demokratie leiden unter dieser Entwicklung. Auf EU-Ebene braucht es daher dringend eine europäische Wettbewerbsaufsicht für die Politik.

* Der Autor, Dr. phil., ist Wirtschaftshistoriker, Gründer der Plattform «Forum Ordnungspolitik» (die er 2015 zum «Forum Freie Gesellschaft» weiterentwickelte) und assoziierter Forscher am Liberalen Institut.

Die Demokratie in Europa und im Westen allgemein ist in keinem guten Zustand: Fragwürdige Bewegungen kommen an die Macht. Der umverteilende Wohlfahrtsstaat wächst immer weiter, erdrückt damit das Wirtschaftswachstum und verlangsamt oder verhindert den weiteren Anstieg der Lebensstandards. Wie lässt sich das ändern? Mit Alternativen. In der Geschichte der Menschheit gibt es eine Institution, die Macht begrenzt und Raum für Neues schafft. Das ist der Wettbewerb. Als geniales Entmachtungsinstrument (Franz Böhm) und wunderbares Entdeckungsverfahren (Friedrich August von Hayek) eignet sich der Wettbewerb in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft, darunter auch Sport und Kunst, sowie Politik, um Bewährtes zu erhalten und Neues an die Stelle von Ungeeignetem treten zu lassen. Konkurrenz belebt bekanntlich das Geschäft. Umso auffälliger ist es, dass der politischen Konkurrenz der Populisten von links und rechts entweder fachlich unzureichend oder lediglich moralisierend begegnet wird. Das liegt nicht zuletzt an unerwünschter Konkurrenz sowie einer zunehmend kartellierten und mit Partikularinteressen korrumpierten Demokratie.

Warum der Wettbewerb versagt, das hat Michael E. Porter, der vielleicht weltweit führende Managementtheoretiker, in einer Studie für die USA² untersucht. Zusammen mit Katherine M. Gehl geht er in «Why Competition in the Politics Industry is failing America» den Gründen für das Versagen in der Politik-Branche nach und entwirft eine Strategie, um die Demokratie wiederzubeleben. Der mangelnde Wettbewerb im amerikanischen Zwei-Parteien-System habe demnach drei wesentliche Gründe:

1. Die Angehörigen des politischen Lobby-Sektors setzen die Regeln selbst und wahren so ihre Interessen. Das bedeutet, das politische System ist nicht defekt, sondern funktioniert perfekt, aber nur im Sinne derer, die es für ihre Zwecke nutzen.
2. Der historische Pfad weist zwar auch institutionelle und technische Veränderungen zum Positiven auf, die Lage hat sich jedoch kontinuierlich verschlechtert. Das Duopol von Demokraten und Republikanern verfolgt nicht das Gemeinwohl, sondern Parteiinteressen, ohne Anreize, Probleme zu lösen, ohne verantwortlich und haftbar gemacht werden zu können, ohne Gegenkräfte, die einen konstruktiven Wettbewerb bewirken.
3. Die Entfremdung der Bürger von der Politik-Branche hat kontinuierlich zugenommen, während sich die beiden Parteien dämonisieren.

Als Strategie für eine politische Reform schlagen Porter und Gehl vor, den Wahlprozess und den Regierungsprozess zu restrukturieren, die Rolle des Geldes in der Politik zu verändern und nicht auf Strukturreformen zu warten, sondern rasch durch Unterstützung zentristischer, unabhängiger Senatoren und neuer Wettbewerber, auch mittels neuer Finanzierungsmodelle, voranzuschreiten, gerade in einzelnen Bundesstaaten. Im Zentrum der Herausforderung stehen die Bürger selbst: «We can

² Katherine M. Gehl und Michael E. Porter (September 2017). *Why Competition in the Politics Industry is failing America*. Harvard Business School.

never forget that the political system we have today was designed by our own elected representatives – the people we voted into office. This system was corrupted over time, and most of us did not even notice. We have the power to reinvigorate our democracy, and we must.»

Wettbewerb spielt also eine zentrale Rolle bei der Diagnose der politischen Missstände, besitzt aber nur eine begrenzte Bedeutung bei den Reformen des Managementtheoretikers und der Unternehmerin. Das erstaunt nicht, handelt es sich bei den Autoren doch nicht um Ordnungsökonom oder politische Ökonomen. Zugleich bietet Europa mit seiner jahrhundertealten Geschichte vielfältiger Regionen, unabhängiger Städte und konkurrierender Staaten noch mehr historisches Anschauungsmaterial sowie offenkundige Optionen für politischen Wettbewerb.

Dazu passt geradezu ideal die tiefschürfende Analyse der Demokratie-Krise in Europa mit dem Titel «Zwischenstaatlicher politischer Wettbewerb».³ Das Buch stammt von Roland Vaubel und bietet in 17 Kapiteln die Erträge eines dreieinhalb Jahrzehnte währenden Forscherlebens zu staatlichem Wettbewerb. Enthalten ist zudem eine Strategie für ein prosperierendes, demokratisch-rechtsstaatliches Europa.

Europa steht und fällt mit dem Wettbewerb

Bücher, die es in sich haben, beginnen häufig mit einem einprägsamen ersten Satz: «Politischer Wettbewerb ist das Erfolgsgeheimnis der Demokratie», schreibt Roland Vaubel im Vorwort. Wettbewerb eröffne den Bürgern Wahlmöglichkeiten. Wettbewerb setze Anreize, sich an den Bürgerwünschen zu orientieren. Wettbewerb finde nicht nur inländisch, sondern viel mehr auch zwischenstaatlich statt, politisch per Abstimmung mit den Füßen, ökonomisch durch Abstimmung mit dem Geldbeutel. Allerdings gelte das nicht für das politische Kartell und das Monopol der heutigen EU, die sich über die vier Freiheiten der Römer Verträge hinaus immer weiter in Richtung Zentralstaat entwickelt. Freiheit und Demokratie litten. Nicht einmal eine europäische Wettbewerbsaufsicht für die Politik gebe es.

Das ist eine gleichermassen kurze wie weitreichende Analyse der politischen Probleme Europas, die überdies eine klare Lösung bietet. Als Formel: Eine harmonisierende EU ist das Problem, zwischenstaatlicher Wettbewerb die Lösung – Institutionen machen den Unterschied.

Die 17 Kapitel des Bandes verleihen dieser Erkenntnis Breite und Tiefe. Sie sind binnen 37 Jahren entstanden, zwischen 1980 und 2016. Vielfach handelt es sich um wissenschaftliche Aufsätze, daneben auch um prägnante Artikel. Thematisch decken sie die politische Ökonomie, die Geldordnung, mehrfach Geschichte und sogar die Barockmusik ab. Der emeritierte Mannheimer Ökonom urteilt treffend: «Wenig davon ist bekannt, vieles ist höchst relevant.» Genau so ist es! Für die Debatte über die Krise der Demokratie in Europa und Auswege liefert das Buch von Roland Vaubel

³ Roland Vaubel (2018). *Zwischenstaatlicher politischer Wettbewerb*. Münster: LIT Verlag.

«Zwischenstaatlicher politischer Wettbewerb» wertvolle Blicke hinter die Kulissen. Es lohnt sich, es zu lesen und darüber zu sprechen oder zu schreiben.

Den Auftakt können an dieser Stelle einige zentrale Erkenntnisse machen.

Zentralisierung entmündigt

Die erste alternative Perspektive, die insbesondere die Medien für eine ausgewogenere Berichterstattung dringend thematisieren sollten, ist die Kehrseite der politischen Integration Europas. Denn die sogenannte Harmonisierung der Lebensbedingungen ist unauflösbar mit der steigenden Macht des Staates über die Bürger verbunden. Das Streben nach einem europäischen Imperium, um eine uralte Klassifikation aufzugreifen, ist 70 Jahre nach dem Ende des Dritten Reiches und fast 30 Jahre nach der Implosion des Sozialismus eine Botschaft, die in Marmor gemeißelt an jedes EU-Gebäude und in jede werbende EU-Förder-Plakette eingraviert gehört. Zentralisierung erweitert weder die Freiräume der Bürger noch verbessert sie die staatlichen Angebote. Vielmehr weitet der Staat seine Eingriffsmöglichkeiten aus. Davon profitieren die EU-Bürokraten. Roland Vaubel bezeichnet die politische Kaste als Europas Mandarine. Warum? Weil die imperiale Ordnung Chinas als historisches Gegenmodell zur Vielfalt der Staaten Europas begriffen werden kann.

Steuerwettbewerb, das Prinzip der Freiwilligkeit und eine Rückkehr zum historischen Merkmal Europas – Vielfalt und zwischenstaatlicher Wettbewerb – sind mit Roland Vaubel umso wichtiger, als die EU längst ein Staatskartell organisiert hat, dessen politische Absprachen vom europäischen Gerichtshof auch noch konsequent gefördert werden. So wird die Entwicklung in Richtung eines Grossstaats vorangetrieben. Einflussreiche Interessenverbände organisierten die Regulierung aller relevanten Wirtschaftsbereiche: Arbeitsmarkt, Steuern, Umwelt, Wettbewerbspolitik, Banken. Wettbewerb wird wegreguliert.

In der EU-Debatte ist ein weiterer Aspekt sträflich vernachlässigt worden, den der in München, Oxford und New York studierte Ökonom thematisiert: Die politische Zentralisierung schwächt den Einfluss der Bürger dadurch, dass sie schwerlich Zugang zu Entscheidungsträgern finden. Ihre Stimme sei praktisch bedeutungslos und eine Kontrolle über die Verwendung der Steuern nahezu unmöglich. Korruption, Nepotismus, Abschottung und massloses Machtstreben spriessen.

Wettbewerb ertüchtigt

Der Wettbewerb der Staaten ist das Erfolgsgeheimnis Europas. Diese denkwürdige Feststellung bildet fast wörtlich die Überschrift des zweiten Kapitels, das eine lesenswerte Theoriegeschichte enthält.⁴ Vergleichbarkeit, Begrenzung staatlicher Macht, Ausweichmöglichkeit (Exit-Mechanismus), Konkurrenz primär über friedlichen

⁴ Dieses Kapitel ist ebenfalls in Pierre Bessard (Hrsg.), *Europa – die Wiederentdeckung eines grossen Erbes* (Zürich, Edition Liberales Institut, 2015, S. 57-86), enthalten.

Aussenhandel, Schutz von Minderheiten, Förderung bürgerlicher Freiheiten, verbesserte Standortbedingungen, Lernen und Übernahme erfolgreicher Lösungen, Kontrolle der Bürokratie, Förderung des Wirtschaftswachstums, Schutz vor Willkür, florierende Wissenschaften, gemässigte Besteuerung, vorteilhafter Währungswettbewerb sind Aspekte, die klassische Denker und moderne Empiriker als Merkmale politischen Wettbewerbs identifiziert haben.

Im Einklang mit Friedrich August von Hayek ist der Wettbewerb der Staaten ein Garant der Freiheit, wie Roland Vaubel betont. Das bedeutet, dass der Staat negative externe Effekte verhindert genauso wie die Gleichmacherei positiver externer Effekte. Zugleich sei internationale Kooperation bei der Sicherung von Eigentumsrechten und beim Umweltschutz sinnvoll genauso wie in der Verteidigungspolitik.

Binnenmarkt und Währungswettbewerb gehören zusammen

Eine fundierte Euro-Kritik gab es bereits bevor es den Euro gab. In einem europäischen Binnenmarkt herrsche Währungswettbewerb zwischen den Anbietern von Basisgeld, also nationalen Notenbanken. Ökonomisch sei ein Währungsmonopol nicht zu rechtfertigen, konstatierte Roland Vaubel bereits 1992. Während der Wettbewerb disziplinierend wirke, liessen sich nationale Konsumgewohnheiten und damit nationale Warenkörbe, mit denen die Teuerung gemessen werde, nicht europaweit standardisieren. Das zentrale Ergebnis der Theorie der optimalen Währungsräume laute: «Der Übergang zur Währungsunion ist für die Vollendung des Binnenmarktes nicht nur nicht notwendig, sondern sogar als Begleitmassnahme besonders ungeeignet.» Diese heute mehr denn je bestätigte Erkenntnis kann Roland Vaubel auf eine mehrere Hundert Seiten umfassende Dissertation stützen.

Worum es beim Euro wirklich geht konnte man also schon vor einem Vierteljahrhundert lesen. Da Politiker und Zentralbankbeamte kein Interesse daran hätten, mündigen Bürgern zu ihrem Recht zu verhelfen, sondern «lieber Macht ausüben», sei eine europäische Parallelwährung der zweitbeste Weg. Klar erkannt und vorweggenommen hat Roland Vaubel auch die immanenten Defizite des Euro, der sowohl strukturell als auch für die Bürger schädlich ist.

Zentralisierungsbefürworter tragen keine Kleider

«Die politische Ökonomie der wirtschaftspolitischen Zentralisierung in der Europäischen Gemeinschaft» gehört zu den besonders überzeugenden Kapiteln. Bis heute vorgetragene Zentralisierungsvorteile eines einheitlichen Europas widerlegt Roland Vaubel, wenn er sie nicht gar zerschmettert. Selbst die Argumentationsketten für den Zentralismus sind regelmässig falsch, führen sie doch zu einem gegenteiligen Ergebnis als dem behaupteten. Ein Beispiel: Unterschiedliche Löhne resultieren aus einer unterschiedlichen Arbeitsproduktivität, weshalb sie gerade keine Wettbewerbsverzerrung darstellten; diese entstehe erst durch die Regulierung. Gleiches gilt für

Steuern, Umwelt und Wettbewerbspolitik. Sehr anschaulich wird das anhand der Übertragung wirtschaftspolitischer Kompetenzen an die EG aufgezeigt.

Hinzu kommt, dass Zentralisierung homogene, gut organisierte Interessengruppen befriedigt und wirtschaftliche, aber auch politische Kartelle befördert, insbesondere in den Sektoren Landwirtschaft, Aussenhandel, Industrie und Sozialpolitik. Theoretisch gut fundiert werden die Fehlentwicklungen mit der «Public Choice»-Theorie. Der Blick über den Atlantik, den Roland Vaubel dem Leser eröffnet, zeigt die Ursachen für die Zentralisierung in den USA. Entscheidend waren hier wohlfahrtsstaatliche Gesetze, das Währungsmonopol und die Regulierung des Handels zwischen den Staaten. Sehr aufschlussreich ist, wer von einer Zentralisierung profitiert und sie dementsprechend befürwortet. Gleiches gilt für den dynamischen Mechanismus einer fortschreitenden Zentralisierung – eine Art Perpetuum mobile.

Geradezu paradox mutet es an, dass ein Vereintes Europa, letztlich eine Maximalstaatsbildung mitten in Friedenszeiten verfolgt, sei doch der Gründungsimpuls den zwischenstaatlichen Problemen der Kriegszeit entsprungen, die indes längst überwunden seien. Hier werden Parallelen zum Wohlfahrtsstaat deutlich, der massiv ausgebaut wurde und wird in einer Zeit, in der es den Menschen materiell so gut geht wie nie zuvor.

Mindestanforderungen einer EU-Reform liegen auf dem Tisch

Kritik gewinnt, sobald sie mit konkreten Verbesserungen verbunden wird. Roland Vaubel hat Reformmindestanforderungen herausgearbeitet. Im Mittelpunkt steht eine Zentralisierungssperre, die im Wesentlichen aus einem Verbot besteht, nämlich keinen europäischen Etat zuzulassen, der grösser als der Median der nationalen Haushalte sei. Sobald diese rote Linie überschritten wird, möchte man hinzufügen, erfolgt unweigerlich ein Dambruch. Ein kluger und pragmatischer Vorschlag besteht darin, keine Wiederwahl von Mitgliedern politischer Institutionen der EU zuzulassen, in keiner der drei Gewalten. In klassisch liberaler Perspektive abgerundet wird der Schutz der Freiheit und des Wettbewerbs dadurch, dass keine Steuerhoheit zulässig sei und für jede Entität ein jederzeitiges Austrittsrecht bestehen müsse.

Damit sind zugleich (unbeabsichtigt) die zentralen Indikatoren benannt, mit denen der Leser die weitere Entwicklung Europas einschätzen kann. Ob aus der offenen Vielfalt Europas eine Festung wird, hängt entscheidend von der Verfügung der Zentrale über finanzielle Ressourcen, von personellen Verflechtungen und entsprechenden Seilschaften sowie der unkündbaren Mitgliedschaft ab. Die Brexit-feindliche Rhetorik spricht für sich. Italien könnte als nächster Sezessionskandidat die Bildung eines EU-Einheitsstaates verhindern. Die stark subventionierten Visegrád-Staaten emanzipieren sich innerhalb der EU.

Roland Vaubel hat das Sezessionsrecht gesondert untersucht und befürwortet es: «Insgesamt stärken Sezessionen den Wettbewerb zwischen Staaten – und damit

Freiheit, Demokratie und Innovation.» Historisch positive Erfahrungen bei klaren Bedingungen, darunter eine verfassungsändernde Mehrheit der Wählerstimmen, sprechen aus Sicht des Mannheimer Emeritus dafür.

Bemerkenswert ist auch sein institutioneller Vorschlag zur Weiterentwicklung der EU. Das könne die Einrichtung eines europäischen Subsidiaritätsgerichts sein, also eine Wettbewerbsaufsicht, die anders als der EuGH nicht die Kartellierung und Monopolisierung der Politik befördere, sondern den Wettbewerb zwischen den Regierungen schütze. Allerdings beurteilt Roland Vaubel diese Neuerung als unzureichende Lösung. Stattdessen plädiert er in Anlehnung an Friedrich August von Hayek für eine von den Bürgern direkt gewählte zweite Kammer. Ein solcher europäischer Senat für politischen Wettbewerb mit Vetokompetenz und Initiativrecht für Volksabstimmungen könnte geeignet sein, die EU wieder in die Balance zu bringen. Ähnlich wie beim Zweikammersystem Hayeks liesse sich einwenden, ja, könnte, solange die Wähler «richtig» wählen.

Erwähnt seien schliesslich noch die ansprechenden Untersuchungen am Ende des Bandes zur Vielfalt der Religionen und insbesondere der Musik in einem feingliedrigen Europa der Vielfalt, das wiederholt prosperierende Stadtstaaten hervorbrachte. Es gibt also offenkundig eine Fülle von Gründen und Aspekten, die den Band «Zwischenstaatlicher politischer Wettbewerb» lesenswert machen. Für Grundsatzdebatten und alltägliche politische Diskussionen lässt sich aus dem aufklärerischen Compendium schöpfen.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf
www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2018, Liberales Institut.